

Datum: 27.12.2018
Telefon: 0 233-47103
Telefax: 0 233-49577

@muenchen.de

Sozialreferat

S-II-KJF/JA

Bericht Stadtjugendamt/Stelle für Politische Bildung 2018

Die Stelle für Politische Bildung besteht im Stadtjugendamt seit 2009 mit einem halben Vollzeitäquivalent und wurde durch den Stadtratsbeschluss „Erweiterte Steuerungsaufgaben des Stadtjugendamtes im Kinderschutz“ 2016 um eine volle weitere Stelle aufgestockt. Ausgangspunkt dafür waren große Unsicherheiten der Fachbasis und die immens steigende Nachfrage an Beratung hinsichtlich religiöser Radikalisierung von jungen Menschen im Kontext von Islamismus/Salafismus.

Die neue Stelle konnte Ende 2017 besetzt werden, so dass der Bereich der Politischen Bildung im Stadtjugendamt im Jahr 2018 nahezu alle Fortbildungs- bzw. Beratungsanfragen (bis auf eine) in diesem Bereich bedienen konnte und die Stelle sich inhaltlich-konzeptionell erweitern konnte.

Wie schon im vergangenen Jahr war ein Rückgang der Anfragen zum Thema „Religiöse Radikalisierung junger Menschen im Kontext von Islamismus/Salafismus“ erkennbar, wenngleich das Thema nach wie vor hohe Präsenz hat und von Unsicherheiten geprägt ist. Die Stelle für Politische Bildung bot auch 2018 wieder – eigens oder von anderen Institutionen durchgeführte - etliche Fortbildungen/Vorträge für Fachkräfte und ehrenamtlich Tätige der Kinder- und Jugendarbeit an.

Um die Praxis der Kinder- und Jugendhilfe in München bei diesen Herausforderungen qualifiziert zu begleiten, unterstützte die Stelle für Politische Bildung den Steuerungsbereich Kinderschutz des Stadtjugendamtes bei der Etablierung einer regelhaft stattfindenden Fachberatung für mögliche Fälle von (kinderschutzrelevanter) Radikalisierung von jungen Menschen selbst oder auch in der Familie. So findet seit Mitte des Jahres 2018 ein monatliches (ab 2019 zweimonatliches) Beratungsgremium statt, in welchem die Bezirkssozialarbeit der Sozialbürgerhäuser (und andere städtische Institutionen mit Kinderschutzauftrag) sich in Verdachtsfällen von Radikalisierung und tatsächlicher Radikalisierung beraten lassen kann. Das Gremium ist regelmäßig besetzt mit Vertretenden des Landeskriminalamtes, der Kriminalpolizei (Prävention und Opferschutz), des psychologischen Dienstes der städtischen Erziehungsberatungsstellen, des Unterstützungsdienstes der Sozialbürgerhäuser sowie Vertretungen aus dem Produktteam Kinderschutz, der Leitung der Sozialbürgerhäuser sowie der Stelle für Politische Bildung. Die Fachberatung Radikalisierung soll 2019 fortgesetzt, die bisherigen Termine ausgewertet und die Struktur ggf. modifiziert werden. In diesem Kontext ist zu überlegen, ob der Zugang zur Beratung noch zu hochschwellig ist und einer evtl. Eilbedürftigkeit von Fallbesprechungen gerecht wird.

Am Arbeitskreis Radikalisierung, der 2018 vier mal mit Vertretenden aus allen relevanten operativen und steuernden Bereichen des Jugendamts tagte, war die Stelle für Politische Bildung federführend beteiligt und sorgte regelmäßig für einen fachlichen Input.

Die Stelle für Politische Bildung bietet nach wie vor niedrigschwellige Beratung zu vermeintlichen Radikalisierungsfällen an und vermittelt ggf. an geeignete Institutionen (z.B. Violence Prevention Network, Landeskriminalamt, Bezirkssozialarbeit) weiter. Das Angebot wird weiterhin regelmäßig angefragt, ist jedoch – bezogen auf islamistische Radikalisierung – zurück gegangen, was sicherlich nicht zuletzt mit den o.g. etablierten Beratungs- und

Fortbildungsangeboten dazu zusammenhängt.

Nach wie vor war in vielen Fortbildungs- und Beratungssettings eine starke Verunsicherung bzw. ein Bedrohungsgefühl hinsichtlich Migrantinnen und Migranten bzw. Angehörigen des muslimischen Glaubens (oder jenen, denen das zugeschrieben wird) spürbar. Die zunehmende Ablehnung des Islams als vermeintlich bedrohliche und mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbare Religion zeigt sich nicht nur in aktuellen Forschungsergebnissen, sondern wird auch in der täglichen Arbeit der Stelle für Politische Bildung deutlich. Weiterhin wurde deshalb auch 2018 ein großer Fokus auf Prävention vor Radikalisierungen jeder Art im Sinne von Demokratieerziehung bzw. Förderung von Toleranz, Vielfalt und Pluralismus sowie Chancengleichheit gelegt. Die Stelle für Politische Bildung ging 2018 zunehmend dazu über, Vortragsanfragen zu islamistischer Radikalisierung bei jungen Menschen immer auch unter dem Fokus von Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen sowie die Zusammenhänge von Rechtspopulismus und Islamismus zu beleuchten und Fachkräfte für antidemokratische Tendenzen jeglicher Form zu sensibilisieren. Sie beteiligte sich auch aktiv an einem Runden Tisch gegen antimuslimischen Rassismus, aus dem u.a. eine von Betroffenen selbst organisierte Veranstaltung zu diesem Thema hervor ging.

Die Stelle für Politische Bildung organisierte 2018 einen mehrtägigen Austausch von deutschen Großstadtjugendämtern zum Thema „Politische Bildung“ mit dem Schwerpunkt von Prävention vor antidemokratischen Tendenzen in der außerschulischen Jugendarbeit. Sie beteiligte sich außerdem mit einem Workshop zum Umgang mit Rechtspopulismus bzw. Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der offenen Kinder- und Jugendarbeit bei einem Fachtag des Bezirksjugendrings. Die Stelle für Politische Bildung arbeitet wie die Fachstelle für Demokratie der Landeshauptstadt München mit dem Begriff der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF) zur Darstellung von Abwertung und Ausgrenzung von sozialen Gruppen und von Personen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen, die an Merkmalen wie Geschlecht, Nationalität, Ethnie, Religion, sexueller Orientierung, sozialer Herkunft usw. festgemacht werden.

Im Rahmen einer antidiskriminierenden Pädagogik bzw. außerschulischen Bildungsarbeit findet das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit großes Interesse in der pädagogischen Fachbasis, die sich weiterhin mit zunehmendem Rassismus, Muslimenfeindlichkeit, Antisemitismus und Diskriminierungstendenzen (die der GMF zuzuordnen sind) konfrontiert sieht, weshalb die Stelle für Politische Bildung dazu 2018 für einige Vorträge dazu eingeladen war. Die Stelle für Politische Bildung sieht hohen Bedarf, weiterhin für das Thema zu sensibilisieren.

Zum Thema „Rechtsextremismus“ schulte die Stelle für Politische Bildung - wie auch in den Jahren zuvor - in mehreren Einheiten die Auszubildenden der Landeshauptstadt München im Rahmen des Fortbildungsprogrammes „Vielfalt schlägt Einfach“ oder auch des Fortbildungsprogrammes des Sozialreferates.

Infolge einer anlassbezogenen Abfrage des Stadtjugendamtes unter allen Münchner Trägern der Kinder- und Jugendhilfe zum Thema „Antisemitismus“ begann die Stelle für Politische Bildung, Fortbildungen und Vorträge zum Thema „antisemitismuskritische Pädagogik“ zu konzipieren und ist für das kommende Jahr dazu bereits mehrfach angefragt.

Außerdem war (und ist) die Stelle für Politische Bildung für das Stadtjugendamt an der Erstellung der Beschlussvorlage "Demokratie stärken" vom 17.10.18 und an den Planungen und Durchführung der daraus hervorgegangenen Maßnahmen zur Stärkung der Demokratiekompetenzen der Münchner Jugend federführend beteiligt.

Die Stelle für Politische Bildung war im Jahr 2018 gut ausgelastet, musste durch die Stellenzuschaltung erfreulicherweise (wie in den Jahren zuvor) keine Anfragen ablehnen und konnte ihr Repertoire in Richtung Prävention ausbauen.

■■■■■■

■■■■■■